

Wortführer

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugungspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 27. August 1930

Nummer 69

Innere Neuordnung

Der Wahlkampf hat begonnen. Die Sammlungsstufe zur Zusammenfassung aller bürgerlichen Parteien zur Bildung eines geschlossenen Blocks gegen den Marxismus haben nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Dazu ist die Zersplitterung und der Widerstreit der Interessen im bürgerlichen Lager zu groß. Was jedoch zutage kam genügt, um erkennen zu lassen, daß die Sozialdemokratie und die von ihr vertretenen arbeitenden Volksschichten einen harten Kampf auszufechten haben werden, um sich gegenüber ihren Gegnern von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken nicht nur zu behaupten, sondern auch deren Ansturm gegen wichtige Volksrechte und soziale Errungenschaften siegreich abzuwehren.

Die Stellung der freien Gewerkschaften in diesem Wahlkampf ist gegeben. In ihren Aufrufen zur Reichstagswahl haben sich die drei großen Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Würdigung der für sie maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte rücksichtslos für die Unterstützung der Sozialdemokratie ausgesprochen. Das war nach dem Verlauf der Dinge, wie sie zur Auflösung des Reichstags führten, eine glatte Selbstverständlichkeit. Jahrzehntlang haben die Gewerkschaften in harten, mit schweren Opfern geführten wirtschaftlichen Kämpfen um die soziale Hebung der wirtschaftlich schwachen und unterdrückten Arbeiterklasse gerungen. Ihre Anstrengungen hatten den Erfolg, durch Einführung der Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung, Ausgestaltung des Arbeitsschutzes, Schaffung des Tarifrechts usw. die Existenzgrundlagen der arbeitenden Klasse wenigstens mit den unerlässlichen Sicherungen zu versehen, die zur Führung und Aufrechterhaltung einer einigermaßen menschenwürdigen Lebenshaltung erforderlich sind.

Den Gewerkschaften ist dabei sehr wohl bewußt, wie vieles noch fehlt, um bei den arbeitenden Volksmassen volle Befriedigung über das Erzeugene entstehen zu lassen. Aber auch sie haben es mitgegebenen Verhältnissen zu tun: den Folgen des Krieges und seinen Auswirkungen. Dadurch wird zur Zeit die Durchführung weiterer Verbesserungen unmöglich gemacht. Hierüber ist mit radikalen Phrasen nicht hinwegzukommen. Seit mehr als zwei Jahren lastet eine Krise über der deutschen Wirtschaft, wie wir sie schwerer noch nicht erlebt haben. Nicht zuletzt durch die Schuld der kapitalistischen Parteien, die sich gegenwärtig, zum Teil unter neuen Firmenbezeichnungen, an die deutschen Wähler wenden und unter allen möglichen Versprechungen um ihre Stimmen werben. Unter den demoralisierenden und die Arbeiterschaft zermürbenden Wirkungen der ungeheuren Arbeitslosigkeit fühlte sich das Industriekapital stark genug, um zu den längst vorbereiteten Schlag gegen die sozialen Errungenschaften der Gewerkschaften auszuholen, der sie zunichte machen und eine innere Neuordnung von Staat und Wirtschaft im kapitalistischen Geiste herbeiführen soll.

Was man unter dieser Neuordnung versteht, wird nicht ausgesprochen. Es könnte die arbeitenden Massen vorzeitig stutzig machen. Gleichwohl ist das Ziel der auf diese Neuordnung gerichteten Bestrebungen deutlich genug zu erkennen. Was die Brüning-Regierung unter offensichtlicher Verletzung der Reichsverfassung gegen den Willen der Reichstagsmehrheit durch ihre Notverordnung den deutschen Volke an Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Steuererhebung oktroyierte, stellt nur erst einen schwachen Anfang von dem dar, was weiter folgen soll. Gelingt es den bürgerlichen Parteien, eine einigermaßen stabile Mehrheit zur Bildung einer reaktionären Regierung zu gewinnen, dann sind weitere soziale Verschlechterungen sicher und steht eine innere staatsrechtliche und wirtschaftliche Neuordnung bevor, die ein ausgeprochen kapitalistisches Gepräge zeigen wird. Die soziale und rechtliche Stellung der Arbeiterschaft würde eine schwere Erschütterung erleiden und den ferneren Fortschritt in dieser Richtung die größten Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Nachdem dank der Bemühungen des Kabinetts Müller die Befreiung des bis dahin besetzten Gebiets erreicht wurde, ist eine innere Neuordnung von Staat und Wirtschaft unbedingt erforderlich. Die Finanzverhältnisse des Reiches, der Länder und Gemeinden bedürfen einer Regelung, die sie zur Erledigung der ihnen zugewiesenen Aufgaben befähigt. Ebenso bedarf die Wirtschaft eines Aufstoßes, um, aus der Produktion, Handel und Verkehr lä-

menden Krise herauszukommen, das ungeheure Arbeitslosenheer zu vermindern und die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzuflechten. Aber diese Notwendigkeiten können Meinungsverzerrungen nicht beheben. Auseinander gehen die Ansichten nur darüber, auf welcher Grundlage diese Neuordnung zu erreichen ist. Hier stehen sich die sozialistischen und kapitalistischen Auffassungen schroff gegenüber!

Bei den bürgerlichen, kapitalistisch beeinflussten Parteien gehen überwiegend die Ansichten dahin, daß die bestehende finanzielle und wirtschaftliche Misere der deutschen Wirtschaft als eine Folge sozialer Überpannung zu betrachten sei. Selbst der Zentrumsminister Stegerwald brachte diesen Gedanken in einer Wahlrede dahin zum Ausdruck, daß sich das deutsche Volk in der Abwehr bolschewistischer Angriffe so stark belastet habe. Hiernach kann es nicht verwundern, wenn auch die Unternehmer den Arbeitern, Angestellten, mittleren und unteren Beamten jeden Tag von neuem vorrechnen, daß die Löhne und Gehälter sowie die sozialen Versicherungs- und Pensionslasten zu hoch seien, dagegen die Industrie- und Handelsunternehmungen von den auf sie lastenden Steuern erdrückt würden. Daher auch ihre Forderungen: Herunter mit den Löhnen und Gehältern, Verminderung des Beamtenpersonals, Herabsetzung der Versicherungsleistungen, Abbau der sozialen Einrichtungen, Pensionslasten und Besteuerungen!

Das Falsche und Widersinnige dieser Behauptungen und Forderungen ist von den Gewerkschaften unzählige Male nachgewiesen worden. Sie taugen jedoch immer von neuem auf und rufen durch ihre systematische Wiederholung bei den mit den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht genügend vertrauten, mittelständischen Volksschichten — den Arbeitern nachteilige Eindrücke hervor. In der Anwendung dieser suggestiven Taktik ist der Kapitalismus jederzeit unübertrefflich. Dabei ist leicht zu begreifen, daß eine derartige innere Neuordnung niemals eine Besserung der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage herbeiführen kann. Was in dieser Hinsicht von den Unternehmern und bürgerlichen Wirtschaftsführern gefordert wird, vermag nur einem verhältnismäßig kleinen Teil des Volksganges, insbesondere aber den großindustriellen Unternehmern und Kapitalisten zum Vorteil dienen. Das Wohl und Gedeihen des Staats- und Wirtschaftslebens wird jedoch durch die Begünstigung dieser wenigen, noch dazu auf Kosten der übrigen breiten Volksmassen nicht gefördert, sondern im Gegenteil benachteiligt. Ausschlaggebend für den Stand einer Wirtschaft sind stets die Verhältnisse, unter denen das Gros des Volkes lebt und arbeitet. Ist die Lebenshaltung dieses Gros gut, sein Einkommen über den notwendigen Lebensbedarf hinausgehend, dann müssen stets auch die Verhältnisse des Staates und der Wirtschaft befriedigende sein, Industrie und Handel ausreichende Beschäftigung sowie kaufkräftige Abnehmer finden. Umgekehrt liegen sie darnieder, woran auch der Luxus der wenigen steuerlich und wirtschaftlich Bevorzugten nichts zu ändern vermag.

Die Beweise dafür sind mit den Händen zu greifen. Entgegen den gewaltigen Fortschritten der industriellen Rationalisierung und einer riesig gesteigerten Produktionsfähigkeit sind die Löhne der Arbeiter nicht gestiegen, die Preise der Waren nicht ermäßigt worden. Das arbeitende Volk hat trotz der technischen Umwälzung an Kaufkraft nicht gewonnen, sondern durch die zunehmende Arbeitslosigkeit in fortgesetzter steigendem Maße verloren. Dennoch sind ungeheure Gewinne erzielt worden, die das großkapitalistische Unternehmen einheimsteht. Daß diese Gewinne trotz allem Gehrte über unzureichende Kapitalbildung vorhanden sind, beweisen die in das Ausland verschobenen Milliardenbeträge. Was das bereits unter den bestehenden Verhältnissen möglich, so wird — falls sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Ansichten der kapitalistischen kürzerlichen Parteien verwirklichen — dieser Zustand eine weitere Verschlimmerung erfahren, vor der die arbeitenden Volksschichten bewahrt werden müssen.

Das arbeitende Volk fordert deshalb eine andre innere Neuordnung von Staat und Wirtschaft. Eine Neuordnung, die seinen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen wenigstens insoweit Rechnung trägt, als er unter Berücksichtigung der dem Deutschen Reich aufgeladenen inner- und außenpolitischen Verpflichtungen nach dem Stande der heutigen Produktionsfähigkeit gesehen kann. Dabei sind sich vor allem die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wohl bewußt, daß sie in der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsordnung leben, die sie nicht ohne

weiteres beseitigen vermögen. Sie fordern für sich keine Sonderbevorzugung durch den Staat, bekämpfen diese aber auch in bezug auf die Kapitalistenklasse und die besitzenden Kreise. Dagegen bestehen sie auf der Anerkennung ihrer Rechte, der Aufrechterhaltung der sozialen Versicherungs-einrichtungen ohne Schwächung ihrer Leistungen und verlangen einen Lohn, der ihnen eine menschenwürdige Existenz sichert. Das sind Forderungen, die das Mindestmaß dessen darstellen, was auch die kapitalistische Wirtschaftsordnung ihnen zugesetzen kann und zugesetzen muß! Für die Anerkennung dieser Forderung werden sich die freien Gewerkschaften bei der kommenden Reichstagswahl für die realpolitische Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, mit allen Kräften einsetzen!

Reichstagswahl und Buchdrucker

Wahlkampf ist auch für die im Lohnjoch schaffenden Buchdrucker und Schriftgießer Gewerkschaftskampf! Ist auch in den meisten freien Gewerkschaften die politische Neutralität statutarisch verankert, so bedeutet dies doch nicht politische Indifferenz. Die Mitgliedschaft zur Gewerkschaft ist nicht abhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei, selbstverständlich wird aber die Förderung und Vertretung der Arbeiterinteressen als unerlässliche Vorbedingung vorausgesetzt. Die freien Gewerkschaften führen zielbewußten Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen mit dem Endziel der Schaffung einer besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in deren Mittelpunkt nicht der Profit der für sich arbeiten lassenden Unternehmer, sondern das Wohl des arbeitenden Volkes steht. In diesem Kampf kann das politische Leben nicht ignoriert werden.

Die als Folge des frevelhaften provozierten Weltkrieges mit all seinen Opfern an Gütern, Leben und Gesundheit seit Jahren herrschende Wirtschaftskrise hat die Klassen- gegenüberstände zwischen Kapital und Arbeit wesentlich verschärft und auf die Spitze getrieben, und die bestehende Gesellschaftsordnung hat sich zu ihrer Mißbräutig und Überwindung als völlig unfähig erwiesen. Die Geißel ungeheurer Arbeitslosigkeit nimmt täglich größeren Umfang an und die Besitzbürger hängen ängstlich um den heiligen Profit. Mit ihr Sinnen und Trachten ist auf seine Verteidigung gegen die um menschliche Existenz ringende Arbeiterschaft gerichtet. Der Interessengegensatz zwischen den ausbeutenden und genießenden Gesellschaftskreisen auf der einen und den schaffenden und darbedenden Volksschichten auf der andern Seite bestimmt den Charakter des gegenwärtigen Wahlkampfes als einen der letzten Versuche, die bürgerliche Gesellschaftsordnung mit all ihren Ungerechtigkeiten gegen die ankämpfende Arbeiterschaft zu retten. Dabei kommt es den „Rettern“ auf einen Gewaltakt mehr oder weniger nicht an. Der Reichstanzler des Bürgerblocks und ehemalige Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Dr. Brüning, hat für den 14. September sinngemäß die Parole ausgegeben: „Wir müssen sparen! Wir müssen sparen auf Kosten der Löhne und Gehälter, auf Kosten der Sozialpolitik!“ Diese Eisenbarke hat schon das letzte Sicherheitsventil gegen die offene Empörung der mißhandelten breiten Volksschichten verknüpft und entwertet. Was frühere Regierungen vor einem halben Jahrhundert zur Abwehr der Klassenbewegung der Arbeiterschaft einleiteten — die Sozialpolitik ist heute schon zum Teil stark entwertet. Die Arbeitslosenversicherung ist ebenso verunglückt wie die Krankenversicherung! Nicht durch Mehrheitsbeschluß der Volksovertretung, sondern gegen ihren Willen durch die völkisch-agrarisch durchsetzte Brüning-Regierung. Und bei der ganz sinn- und verfassungswidrigen Anwendung des Diktaturparagrafen 48 soll es nicht verbleiben. Solche Profitjäger, Geißelnde und Stahlfelner drohen schon heute mit dem Staatsstreik und der Vernichtung des demokratischen Parlamentssystems. Bringt der 14. September keinen den Volksbedürfnissen willfährigen Reichstag, soll er sofort wieder und immer wieder nach Hause geschickt werden, bis daß die Ausplünderer ihren Willen erreichen. Eventuell soll ein „Parlament der Wirtschaftskräfte“, das selbstverständlich nicht aus allgemeinen Wahlen hervorzugehen hätte, darüber Entschlüsse fassen und darüber Verfügungen treffen, was „zur Gesundung Deutschlands“ zu geschehen hat. Die edle Gesellschaft gebärdet sich, als ob sie ein angeborenes Recht auf die Verflechtung der deutschen Arbeiterschaft besäße.

Der bisher der Demokratischen Partei angehörende, kürzlich zur Sozialdemokratie übergetretene Abgeordnete

Erkennung hat die kapitalistische Diktaturregierung so charakterisiert: „Fast alle neuen Lasten wurden auf die Nichts- oder Wenigbesitzenden abgelegt und der Abbau der Sozialpolitik und der Wähne mit einem Eifer betrieben, der sich nur aus einem Gefühl befriedigter Rache erklärt.“ In der Tat scheinen die Sozialreaktionäre, die sich in einem Wülpeln als Herrenmenschen gefällten, auch aus der Revolution von 1918 nicht gelernt zu haben, daß solche elementare Volksbewegungen in der Hauptfrage durch die Sünden der Besitzenden und Herrschenden verursacht werden, oder sie glauben, der Geburtsfaden der arbeitenden Massen ist unzerreißbar. Die durch den Bürgerlohn und seine Diktatoren beliebte Lastenverteilung legt den Gedanken nahe, es sei darauf abgesehen, die Voraussetzungen für eine neue Revolution zu schaffen. In der Arbeitslosenversicherung dürfen die Arbeiter erhöhte Beiträge bezahnen; dafür erhalten sie, wenn sie aufs Pfaster gesetzt werden, verschandelte Leistungen. Der seit Jahren geführte Eigenesetzung gegen die Krankenversicherung hat zunächst keinen Abschluß gefunden mit Diktaturbestimmungen, die im Erkrankungsfall trotz der Versicherung und jahrzehntelang dazu geleisteter Beiträge weder freie ärztliche Behandlung noch freie Arznei sichern. Die Folge ist in zahlreichen Fällen verpörrichte Schnapsschnapsnahme ärztlicher Hilfe. Die sogenannte Reichshilfe belastet die Beamten und Angestellten, läßt aber den eigentlichen Besitz und das mühselige Einkommen frei. Die Ledigensteuer ist nicht minder unsozial. Die breiten Volksmassen müssen den Schmachtrienem enger schnallen und den Verbrauch weiter einschränken. Durch diese Lohnschwächung wird die Wirtschaftskrisis auf dem inneren Markt natürlich eher verschärft als gemildert. Die vorhinflutende Kopfsteuer, die infolge der Bürgerlohdiktatur gleich Sottenstöcken und andern Negern nun auch die deutschen Arbeiter zu tragen haben, bedeutet die Krönung einer rücksichtslosen Massen-ausplünderung, die um so fühlbarer werden wird, als der Lohnabbau, wie er von dem ebenfalls „christlichen“ Reichsarbeitsminister des Brüning-Kabinetts bereits praktiziert wird, das Arbeitseinkommen in der empfindlichsten Weise schmälert. Das arbeitende Volk — ohne Rücksicht auf Konfession und Partei — darf auf dies verderbliche Treiben die Antwort nicht schuldig bleiben! Denn keine Arbeiterschicht wird unberührt bleiben. Die Lohnzulagen, die für die besten Leistungen will das raffgierige Unternehmertum möglichst ganz in Wegfall bringen. Die Minimalsätze der Lohnsätze sollen zu Höchstflößen gemacht werden, ganz abgesehen von beabsichtigten Tarifreduktionen überhaupt!

Neben neuer Steuerbelastung, Schmälderung des Arbeitseinkommens und Verschlechterung der Sozialversicherung standhafte Verteuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel! Um den ostelbischen Großagrariern die Taschen zu füllen, sind fast auf alle landwirtschaftlichen Produkte enorme Zollaufschläge gelegt worden, von denen der kleine Landwirt, da er nur wenig oder nichts verkaufen kann, überhaupt keinen Vorteil hat, sondern vielmehr Schaden, zumal er für die von ihm gebrauchten Industrieartikel, die natürlich durch hohe Lebensmittelpreise verteuert werden, viel höhere Preise anlegen muß als sonst. Zumindest Vorteile von dem Zollwucher hat hingegen der Großagrariere, der die Landarbeiter in sich spannt und erbärmlich entlohnt. Der große Grundbesitzer, der sich aufs „Schreien“ versteht, scheffelt jetzt in der Bra Brüning-Schleie das Geld in seine Tasche! Denn es ist erhöht, daß nun in Deutschland die Getreidepreise viel höher sind als die Weltmarktpreise. Dafür liefert Deutschland allerhand Waren billiger ins Ausland statt an die eignen Volksgenossen! So wollen es untreue Patentpatrioten! Die großen Herren von Palm und Kr sind zwar auch heute noch treue Anhänger des ausgerichteten Holzhandels, aber sie scheifen auf seine ehemalige Verurteilung des Brotwuchers, und die Nationalökonom des Auslandes lachen über die „Intelligenz“ der deutschen „Wirtschaftsführer“ und ihrer Sekretäre aus Juristen- und ehemaligen Offizierstreifen.

Eine besonders hübsche Nummer in der neudeutschen Lastenverteilung bildet die Erhöhung der Umsatzsteuer, die natürlich ebenfalls auf den Massenverbrauch berechnet ist, und dabei noch die besondere Straffsteuer für die großen Konsumvereine und die sonstigen Großbetriebe des Einzelhandels. Mit dieser Konzeption an den „Interessenten-häufen“ der sogenannten Wirtschaftspartei wurde diese „Partei“ für den ganzen volkswirtschaftlichen Unfuh des Brüning-Kabinetts bei der Stange gehalten. Daß nun klandestine Arbeiter überhaupt nicht mehr bei den rücksichtslosen Krämerkaufen, und daß die klärenden Mitglieder der Konsumvereine nun auch unter den Handwerkern zwischen Freund und Feind unterscheiden, konnten die diplomatischen Retter der ehrbaren Krämerzunft natürlich nicht voraussehen!

Aber der eigentliche Gerichtstag, den das deutsche Volk über die arbeitersindliche Gesetzesfäulerei der Brüning-Regierung hatten wird und bei dem auch kein Buchdrucker fehlen darf, ist erst auf den 14. September angesetzt. Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem auch der Verband der Deutschen Buchdrucker angeschlossen ist, haben an alle Arbeiter den Aufruf gerichtet, am Wahltage für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu stimmen, die allein in Deutschland die Gewerkschaften das in neuen Staat geschaffene soziale Recht verteidigt hat. Sie mußte den Kampf führen gegen die bürgerlichen Parteien, die in den sozialpolitischen Kämpfen der letzten Vergangenheit die Lebensinteressen der Arbeiterschaft widerstandslos preisgaben. Sie steht auch im Kampf gegen alle Parteirichtungen, die verworren und ohne Verantwortung eine hemmungslose Agitation gegen die freien Gewerkschaften führen!

Möchten diese Tatsachen besonders auch von unsern katholischen Verbandsmittgliedern am Wahltage beherzigt werden, an die Schreiber dieser Zeilen ein kurzes Wort um so freimütiger richten kann, als er selbst von einem Katholiken abstammt und lange Jahre im Rheinland unter katholischen Kollegen gearbeitet hat. So sehr die Verbandsstreue dieser Kollegen über allen Zweifel erhaben, muß doch gesagt werden, daß das Zentrum, dem früher mancher Kollege seine Stimme gegeben, in sozialen Fragen keine verlässliche Partei ist. Viele seiner Wähler schließen sich an das Zentrum lediglich durch ihre Konfession gebunden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß gar mancher überzeugte Sozialdemokrat auch ohne formelle Abstreifung des Glaubens aus der katholischen Kirche hervorgegangen ist. In der großen Mehrzahl aber sind die katholischen Zentrumswähler geblieben, im Süden Deutschlands sowohl als auch im Rheinland und in Westfalen. Das nötigt einmal zu der Feststellung, daß das Zentrum überhaupt keine einheitliche politische Partei ist. Es umfaßt zwar christliche, aber demokratisch gesinnte Arbeiter, wie alten Bauernbesitzer und Landadel, schlesischen Hofadel wie konservativ gesinnte Kleinbauern, in vielen Städten, besonders am Rhein und in Westfalen, streng religiöse Kirchenvereinsmitglieder, den gesamten katholischen Klerus und dazu im Rheinland und in Westfalen revolutionäres Proletariat. Soll auch gern zugegeben werden, daß mancher Zentrumsmann sich früher für den Arbeiterschutz eingesetzt hat, in neuerer Zeit tendiert das Zentrum mehr und mehr nach rechts! Unter Führung der ehemaligen christlichen Gewerkschaftsangehörigen Brüning und Stegerwald ist die steuerliche Belastung und soziale Entrechtung der Arbeiterschaft burdgedrückt worden, zum Teil auf dem Diktaturwege! Kollegen, bei aller Wahrung der religiösen Überzeugung, am 14. September gehört eure Stimme der Sozialdemokratie!

Im allgemeinen aber sei diese Mahnung auch an die Jungwähler gerichtet! Die sogenannte Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei, die Partei der arbeitersindlichen Schwerindustriellen, haben im aufgelösten Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach allen Männern und Frauen unter 25 Jahren das Wahlrecht geräubt werden soll. Nur eine Partei gibt es im deutschen Reichstag, die sich nicht als einem Menschenalter für das Wahlrecht des Jungvolkes eingetretet ist: die Sozialdemokratie! Doch, ob jung oder alt! Alle Gewerkschaftler am 14. September für die 1! D. o. r. (Leipzig).

Erst denken, dann handeln

Wir leben in einer Zeit großer politischer Strömungen. Die Zeitverhältnisse schaffen einen Boden von jener Unzufriedenheit, die einen explosiven Charakter besitzt. Fast automatisch vollzieht sich die Verschlechterung wirtschaftlicher Beziehungen, deren Auswirkung weiten Volkstreifen fühlbar wird. Kaum gibt es ein Entrinnen, kaum eine Möglichkeit, die Folgen dieser katastrophal sich gestaltenden Ereignisse zu meistern. Mit aufeinandergebissenen Lippen wird das wie ein Verhängnis über uns hereingebrochene Massenelend ertragen. Je größer aber die Not unter der arbeitenden Bevölkerung heranwächst, um so eifriger sind jene am Werke, die gewohnt sind, aus allem Honig zu saugen. Massenentlassungen, Lohnabbau, Arbeitsverschlechterungen, Rationalisierung verstärken den Einbruch, daß ein Kampf um Sein oder Nichtsein entbrannt ist. Fast ist es, als wenn der Einbruch hervorgerufen werden soll, diesen Geschehnissen mit jener Ohnmacht zu begegnen, die alles hinmimmt, wie es kommt. Und so wünschen es sich alle jene Volksbetreuer, die nicht genug von Schicksalsgemeinschaft, Notverbrüderung, von Parlament und Notopfern in Parlamenten, Presse und Rundfunk schwätzen können. Es sind jene Menschheitsbeglückter, die durch eine solche Geistesfests die wirklichen Absichten, die sie befehlen, verheimlichen. Es wäre doch an der Zeit, ihnen entgegenzutreten: „Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen!“ Taten!

Was wir bisher an Taten der Reichsregierung gesehen haben, war nicht dazu angetan, irgendwelches Vertrauen zu erwecken. Wie ein Löwe schrie je der Finanzminister dem Volke in die Ohren, daß Geld, Geld und abermals Geld gebraucht wird. Eine züchtige Finanzpolitik gibt es nicht. Der Besitz wehrte sich durch die ihm angeborenen Eigenschaften, die Lasten zu tragen, bis auf den heutigen Tag geradezu glänzend, er wehrte sich so meisterhaft, daß es zur Machfeier anporieren sollte. Denn die Tätigkeiten jeder Regierung, auch wenn sie durch das Volk bestimmt und aus dem Volke hervorgegangen ist, hat sich immer darauf konzentriert, das Kapital zu schonen, die Arbeit um so intensiver zur Bekreitung der Ausgaben heranzuziehen. So kommt es, daß eine Massenfeier nach der andern das Licht der Welt erblickt, die demnach das arbeitende Volk belasten, daß die wenigen Lichtblicke, die es sich selbst zu schaffen bemüht ist, sich fast verdundeln.

Wir müssen festhalten, daß die Selbstmordchronik eine eindringliche Sprache führt, die, wie kaum eine andre Beweiskraft, das Massenelend illustriert. Die Sozialpolitik läuft langsam darauf hinaus, rücksichtslos zu werden, d. h. sie baut ab. Erwerbslose, Invaliden und Sozialrentner fallen häufig. Wie schon immer, heißen die Letzten die Hunde. Vater Staat wird gleichgültig, hat an seiner großen verarmten Familie wenig Interesse, er dudelt von früh bis abends „was schert mich Weib, was schert mich Kind, laß sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind!“ Wenn aber die Betteler zur Landplage wird, nun, da weiß er schon mit den unglücklichen Opfern aufzuräumen. Hier wacht das Auge des Geistes, noch mehr aber, wenn als Begleiterscheinung der traurigen Existenzverhältnisse die Armi-

nalität zunimmt. Wie viele Menschen mögen bereits die Frage aufgeworfen haben, „woher nehmen und nicht stehlen?“ Sie werden sie sich selbst beantworten müssen. Das Recht, zu leben, ist noch lange kein Recht, zu stehen. Und der Mundraub ist eine desphbare juristische Angelegenheit.

Es hat sich trotz der Umwälzung auf dem staatspolitischen Gebiet gerade in Bezug auf das Justizwesen verdammt wenig geändert. Wohl sollen die Richter das Mittelberichtigsten, sollen sie die allgemeinen Verhältnisse in Betracht ziehen, sich von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen, aber der Buchstabe des Gesetzes gebietet oft strenge Befragung der Delikte. Wer hören will, hat auch schon vernommen, daß hinsichtlich des Strafvollzuges die Meinungen der Fachleute stark voneinander abweichen. Es gibt darunter eine Sorte Buchstabenfuchser, die jeden humanen Versuch bekämpfen und die noch die Oberhand haben. Die Reformen werden belächelt, ja, nicht selten sattegeißelt. Wie überall, stoßen die Neuerer auf Verständnislosigkeit und ersten Haß statt Liebe. Immer rücksichtsloser macht sich wieder die Klassenjustiz breit. Viele brave Kämpfer des Proletariats sitzen hinter schwebischen Gardinen. Die radikale Presse, die keine Rücksicht auf Portfeuille oder auf die Regierungsbildung kennt, und infolgedessen zur Berben, unerwünschten Kritik der gesellschaftlichen und staatspolitischen Zustände kommt, weiß ein Lied zu singen, was es heißt: „Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Druck, Schrift oder Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern.“ (Artikel 118.) Ebenso wird der Artikel 109 nichts weiter als eine Attrappe sein, in dem gesagt wird: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.“

Überhaupt geben die Stützen der kapitalistischen Gesellschaft deutlich zu erkennen, daß die Verfassung viele Mängel besitzt und deshalb „zeitgemäße Korrekturen“ vorzunehmen sind. Man spielt mit dem Gedanken der Diktatur, nein, man spielt nicht mehr, man übt sich täglich und spinnt die Fäden nach allen Seiten, bis im Netz der Reichspräsident, das Reichswesenminister festhalten und das „Ding gebreht“ wird. Schon haben alte Parteien der Verfassung sich selbst eingestampft, man hat einen Köder gefunden, „die neue Staatspartei“. Das ist, wenn auch nicht besonders klug, so doch eine feine Spekulation auf die, die nicht alle werden. Von der Staatspartei, dem Zentrum bis zu den Volkskonservativen, sind reaktionäre Absichten zu erwarten. Das Wählen wird bald keine Tugend mehr sein. Andre Faktoren bestimmen den Charakter des Gegenwartsstaates, wonach die politische Rehscheite nur den Abgang der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse widerpiegelt. Das alles trägt dazu bei, daß die Arbeiter zu leicht den Verlockungen reaktionärer Gebilde mit revolutionärem Phrasengebrech folgen und ihre Totseinde in den Sattel heben. Wer einen Stimmgabel in die Arme wirft, der setze ihn sich genau an und lasse die zeitgeschichtlichen Ereignisse noch einmal vor seinem geistigen Auge vorüberziehen. Erst denken, dann handeln!

Berlin-Neukölln. Hermann Kotte.

Zweiter Badischer Druckeritag

Trotz der außerordentlich ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hatten die Drucker der deutschen Süddeutsche den Zweiten Badischen Druckeritag beschließen und in den Tagen vom 9. bis 11. August in Freiburg i. Br. zur Durchführung gebracht. Arbeitslosigkeit und die dadurch bedingte Notlage in den Reihen der Gesellschafter prägen heute solchen Veranlassungen ihren eignen Charakter auf. Auch all dieser schwierigen Umstände haben hier eiserne Willenskraft und Ausdauer eine Tagung geschaffen, die sich würdig an die Seite des Ersten Badischen Druckeritages im Jahre 1926 in Karlsruhe stellen kann. Freiburg, ein historischer Ort alter deutscher Kunst und Wissenschaft, war nach der Gründung Gutenbergs eine derjenigen Städte, in der die Buchdruckerkunst vermöge seiner hohen Lehranstalten frühzeitig Fuß fassen konnte. Auf solch geweihtem Boden mußten Buchdruckerfeste gefeiert werden, die ihren Veranlassern zur Ehre gereichen.

Das umfangreiche Programm nahm in der Eröffnung einer gut besetzten und innreich durchachten Maschinen- und Drucksachenausstellung ihren Anfang. Der Kreisvorsitzende Feichtiger (Karlsruhe) begrüßte die anwesenden Gäste, die Vertreter der staatlichen, städtischen und kommunalen Behörden sowie die Prinzipalitäten. Er wies auf die Bedeutung der Veranstaltung hin und erklärte die Ausstellung für eröffnet, nachdem der Männerchor „Typographia“ den Buchdruckerfingerguß und den Gutenberghor zu Gehör gebracht hatte. Die Drucksachenausstellung, mühergütlich zusammengestellt, in der Hauptstadt von Freiburger und Lahzer Druckereien besichtigt, veranschaulichte, in welsch gutem Stadium ihren Leistungsfähigkeit befindet. Hier war viel Lehrreiches für den Wissensdürstigen ausgebreitet. Eine stattliche Anzahl im Betrieb befindlicher Maschinen und Apparate zeigte, daß es unbedingte Notwendigkeit jedes Kollegen ist, sich mit den sprunghaftesten technischen Fortschritten vertraut zu machen. Besonders Interesse erweckten zwei Vertikal Schnellpressen, die in der Druckpraxis der südlichen Gde noch fast unbekannt sind. Den Höhepunkt erreichte die Tagung am Sonntag früh (10. August), in dem im Vereinshaus abgehaltenen Festakt. Eingeleitet durch musikalische Vorträge und gesungliche Darbietungen der „Typographia“, kam ein eigens zu diesem Anlaß von dem Kollegen Brohmer verfaßter Festspruch durch Kollegen Thumm zum Vortrag. Anschließend begrüßte Kollege Feichtiger die anwesenden Festgäste, insbesondere den Vertreter der Stadtverwaltung, den Kollegen Peter Mayer, der im Namen der Stadt ihre Gäste willkommen hieß; der Redner flocht einige hochinteressante

Ausführungen in sozialer Hinsicht ein und wünschte den Tagungssteuernern in den Mauern Freiburgs frohe Stunden. Große Aufmerksamkeit erweckte das Referat des Vorsitzenden der Zentralkommission, des Kollegen **B r u n n e** über „Die Rationalisierung im Buchdruckgewerbe“. In scharf umrissenen Zügen wies er auf die großen Gefahren der sich bei uns vollziehenden, fast überfüllten Rationalisierung hin, deren Veranlassung die in Amerika herrschenden Verhältnisse gaben, jedoch in Deutschland kaum durchführbar sind. Ein großer Teil der heutigen Arbeitslosigkeit und der Verelendung der arbeitenden Schichten sind die Folge dieser wirtschaftlichen Maßnahmen. Wenn auch die Rationalisierung nicht vollständig aufgehoben werden kann, so muß es doch eine Ehrenpflicht der arbeitenden Klassen sein, sie in Grenzen zu verweisen, die für die Allgemeinheit tragbar sind. Der produktiv Arbeitende habe ein Anrecht auf die Vorteile einer gesunden Rationalisierung, um sich dadurch lebens- und arbeitsfähig zu erhalten. Eine kaufkräftige große Masse diene dem Staat und der Allgemeinheit weit mehr, als von der gegnerischen Seite zugegeben werden will. Der überfüllte deutsche Markt kann nur durch regen Absatz seiner Produkte sich wieder erholen, und dazu bedarf er der großen Masse als Käufer. Den mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte die Erhebung einer Reihe Druckerkollegen, die in vorbildlicher Weise ihrer Sparte 25 Jahre die Treue hielten. Ein Schubertchor mit Tenorsolo beschloß die Feier, die durch das plötzliche Erscheinen unseres Luftkriesen „Graf Zeppelin“ einen verheißungsvollen Anfang nahm.

An den beruflichen und ersten Teil reihte sich am Abend das Festbankett, das auch dem Verwöhntesten etwas Neues brachte. Besonders hervorzuheben sei das vom Kollegen **B r o s m e r** verfasste Theaterstück aus dem Buchdruckerlichen Kundenleben, das in dem Gelächern gipfelte, unsern großen Verband trotz aller Wöte die Treue zu halten. Fröhliche Stunden ließen für kurze Zeit das Grau des Alltags vergessen.

Der letzte Tag war der Umgebung unserer Schwarzwalddauptstadt gewidmet. Eine gemeinsame Autofahrt führte hinauf nach St. Peter, wo nach kurzem Aufenthalt die Weiterfahrt ins Weinparadies Glottertal erfolgte. Hier wächst ein Wein, der die Gemüter in Stimmung bringen kann, und das hat er auch getan. Wenn man annahm, daß die alte Garbe ihre frühere Leistungsfähigkeit eingebüßt hat, so sah man sich getäuscht, und unser Druckerdomann wird das Gefühl nach Berlin mitgenommen haben, daß in der äußersten Südwestecke eine Garbe steht, die ihren Mann nach jeder Richtung zu fesseln vermag.

Neue Wege in der Kartellpolitik?

Der deutschen Wirtschaftspolitik ist, das wird in der Zeit der Krise besonders deutlich, die gewiß nicht leichte Aufgabe gestellt, mit dem Kartellproblem fertig zu werden. In Krisenzeiten nimmt dieses eine zentrale Stellung ein, weil der Umschwung zu glücklicheren Konjunkturverhältnissen oder auch dessen Verzögerung in hohem Maße von kartellpolitischen Maßnahmen abhängt. Um das sinnfällige werden zu lassen, mag nur darauf verwiesen werden, daß bei freiem Konkurrenzkampf im Gegensatz zu der durchkartellierten Wirtschaft die aufgestapelten hohen Warenvorräte den Absatzkampf verschärfen, wodurch die Preise

Freundschaftsstreifen der Buchdruckerlänger im Osten

„Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus.“ Das braucht aber nicht immer unbedingt der Fall zu sein; namentlich wenn es gilt, nicht ernsthaft miteinander zu konkurrieren, sondern in freundschaftlicher Weise ein Treffen der Sangesbrüder der schwarzen Kunst aus Danzig und Elbing herbeizuführen. Daß dies in Elbing in vollem Maße gelungen ist, wird wohl jeder der Teilnehmer unumwunden zugeben.

Schon am frühen Vormittag trafen die Gäste ein. Eine herzliche Begrüßung der Kollegen vom „Auslande“ auf dem Bahnhof gab dem Tag der erforderliche festliche Note. Ein Begrüßungsschoppen im „Erholungsheim“ tat das übrige, um die Kollegen und deren Damen von der aufrichtigen Gastfreundschaft der Elbinger zu überzeugen. Aber nicht nur Danziger Kollegen waren erschienen, sogar von Königsberg, Marienburg war man bemüht, das Konzert anzuheben. Kollege **L e b e** als Vorhänger des Gesangsvereins „Gutenberg“ (Elbing) begrüßte alle Erscheinenden aufs herzlichste, vor allem die Gauortsteher Töpfer (Danzig) und Reiser (Königsberg), ferner den Postpräsidenten Fröling. Letzterer ergriff das Wort zu einer viel Beifall erntenden Ansprache. Er gab seiner bisherigen Fühlungnahme mit den Danzigern aus seiner früheren Amtstätigkeit in Danzig Ausdruck und betonte, daß da, wo Buchdrucker sich ein Stellbilden geben, stets kameradschaftliches Gefühl und gewerkschaftliche Zusammengehörigkeit herrschen. Mit dem Wunsch, daß man sich bald ohne Paß über die Grenze wagen dürfe, schloß der Redner seine Ausführungen. Bald darauf begaben sich die Anwesenden zu Tisch, und es darf gesagt werden, daß besonders den Danzigern das Mittagessen vorzüglich gemundet zu haben scheint.

Das Gartenkonzert selbst konnte infolge des trüben Wetters nicht in geplantem Sinne durchgeführt werden. Daß es im Saale abgehalten werden mußte, konnte in keiner Weise der guten Stimmung Abbruch tun. Unter Leitung des Chormeisters **B. P i e r** (Danzig) gelangten im gemeinsamen Chor „Der beste Berg“ und „Am Strom“

Achtung! Wählerlisten einsehen!

Die Wählerverzeichnisse (Stimmkartellen oder Stimmlisten) für die Reichstagswahlen werden vom 24. bis 31. August zur Einsicht ausliegen. Wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden die Verzeichnisse ausliegen, gibt jede Gemeinde öffentlich bekannt. Da nur der Wähler seine Stimme abgeben darf, dessen Name in den Wählerverzeichnissen steht, ist es im Interesse eines jeden Wahlberechtigten, das Wählerverzeichnis einzusehen. Aber die Stimmkartei oder Stimmliste ist unrichtig oder unvollständig, kann dies bis zum Ablauf der Ausgabungsfrist bei der Gemeindebehörde schriftlich anfragen oder zur Niederschrift geben. Die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen der freien Gewerkschaften werden am besten geklärt von den Vertretern der

S. 1

fallen und die damit verbundene Kaufkraftstärkung den ersten Anknüpfungspunkt zum wirtschaftlichen Aufstieg bietet. Das Kartell steht dem hindernd im Wege, lautet doch der Kernparagraf eines jeden Kartellvertrages etwa so: „Es ist den Mitgliedern bei einer Konventionalstrafe von fünf bis zehn Mark für jeden ihm nachgewiesenen Unterbietungsfall verboten, das Produkt unter dem und dem Preise zu verkaufen.“ Und die Konventionalstrafe ist meist so ungeheuer hoch, daß es für den Fabrikanten oder Händler den wirtschaftlichen Ruin bedeuten würde, wollte er in größerem Umfange unter Kartellpreis verkaufen. Alle Umgehungen, wie die Gewährung besonders hoher Rabatte, langer Zahlungsfristen, günstiger Lieferbedingungen usw., sind ebenfalls in einer Anzahl von Paragraphen der einzelnen Kartellverträge unmöglich gemacht. So ist eine Preisstarre die ganz natürliche Folge dieses Zustandes, die in dem noch immer währenden Hochstand der geregelten Preise im Gegensatz zu den stark gesunkenen freien Preisen ihren sichtbarsten Ausdruck findet. Preisstarre aber bedeutet unter Umständen Bewegung der Krise, und da deren Überwindung das Ziel jeder volkreundlichen Wirtschaftspolitik sein muß, so wird keine Regierung, die in diesem Sinne wirken will, einem Kampfe mit den Kartellen ausweichen können, wobei sich der Kreis ihrer Gegnererschaft noch um die riesengroßen Einzelunternehmungen erweitert, die auf Markt und Preis oft einen größeren Einfluß auszuüben in der Lage sind als selbst die größten Kartelle.

Nun zu den kartellpolitischen Maßnahmen, die eine Senkung der geregelten Preise erzielen sollen. Wir wollen uns zunächst an das halten, was uns die Gesetzespraxis auf diesem Wege bisher schon gebracht hat, und dann das betrachten, was in dieser Beziehung als bald vorzunehmende Maßnahmen geplant ist. Die ersten Versuche, zu einer Senkung der Preise für einen kartellierten Artikel zu kommen, wurden beim Eisen unternommen. Unter welsch eigenartigen Umständen und mit welschen sozialen, besser gesagt, antisozialen Begleiterscheinungen dieser Versuch durchgeführt wurde, ist aus den Diskussionen um den **Dynhauser** Schießspruch für die westdeutsche Metallindustrie noch in Erinnerung. Durch diesen wurde eine nur geringfügige Eisenpreissenkung mit einer für den einzelnen Arbeiter prozentual sehr viel höher liegenden Lohnreduzierung erkauft, wodurch der vorgenommenen Preislenkung ein noch größerer Ausfall an Kaufkraft gegenübergestellt wurde. Das ist die wirtschaftspolitische Seite dieser von vornherein falsch angelegten kartellpolitischen Maßnahme, die unter Stegerwalds Verantwortung durchgeführt wurde. Ihre

von Uthmann, zu Gehör. Das schöne Lied bekundet die Kraft im Stillen, die unter der Oberfläche grollt und, stets wachend, eines Tages hervorbrechen wird, um die Lasten zu zerbrechen, die schweigend hier so lange getragen. Es kommt der Tag, dann hütet Euch! Wsdann traten die Danziger mit ihrem tüchtigen Können hervor, „Ostan“, „Der träumende See“, „Mironell“ und „Es muß ein Wunderbares sein“ wiesen es, überzeugten von den vorzüglichen Leistungen sowohl des Chors, als auch des Dirigenten.

Und die Elbinger, der Chor ein Drittel kleiner, zeigten, daß sie nichts unversucht lassen, um dem Geförten, unter Leitung ihres Kollegen **S. H e n s e l e i t**, qualitativ irgenbwie nachzuweisen. Es war möglich. Es zeigte sich, daß ihre Lieder „Am Rhein“, „Des Liedes Kristall“, „Trinklied für Jäger“ sowie „Die Waldschänke“ dank guter Disziplin und zeitgemäßem Temperament sich den Leistungen ihrer Gäste in gelunglicher Beziehung würdig anpaßten. Es folgten wieder vier Chöre der Danziger, von denen der Erfolg bei den Liebenden „Sich auf zu träumen der Lannensort“, „Abendlied“ (Kose-Marie), „Ave Maria“ und „Fahr wohl, du goldne Sonne“ nicht zuletzt auf das Konto des wunderbaren ersten Tenors zu buchen war; einfach verblüffende Darbietungen. Nach vier Liebenden der Elbinger, von denen „Kapitän und Leutnant“ sowie „Meister und Gefell“ wiederholt werden mußten, trat der gemeinsame Chor an, um unter Führung von Kollegen **S. H e n s e l e i t**, „Abendlied am Rhein“ und den Uthmannschen „Sturm“ zu Gehör zu bringen. Während erleses Lied gerade jetzt nach der Rheinlandbefreiung sehr gut gewährt war, vermittelte der „Sturm“ wieder so recht den Übergang zum Alltagsleben, zum ewigen „Proletarierdasein“.

Weil aber auch der persönlich erforderliche Drang nach Gesellschaft, nach Anknüpfung neuer Freundschaftsbanden wächst, wurde dank zum gemüthlichen Teil übergegangen, der in gar zu schnellem Tempo sich der Abschiedsstunde unserer lieben Gäste näherte. Ein herzliches „Auf Wiedersehen“ und man schied voneinander in dem Bewußtsein, auf kulturellem und freundschaftlichem Gebiet einen neuen Schritt getan zu haben. Dank Euch, Danziger Kollegen!

— h. r.

sozialpolitische Festschaffigkeit liegt in dem großen Lohnpolitischen Opfer, das einer schwerst arbeitenden Schicht der deutschen Arbeiterchaft aufgebüdet wurde, die dafür in einer fühlbaren Senkung des Gesamtpreisenindex keine kaufkräftigere Gegenleistung erhalten hat, da ja der antilife Lebenshaltungsinde während der letzten beiden Monate noch gestiegen ist. Des weiteren schafft die Konsequenz des Prinzips der Verkopplung von Lohnabbau und Preislenkung, sozial bewertet, eine Arbeiterchaft zweiter Klasse. Dieses Experiment ist nämlich nur dort möglich, wo es sich um Industriezweige handelt, die über festgelegte Kartelle verfügen. Die dort beschaffte Arbeiterchaft wird zu ganz besonders schweren sozialen Opfern herangezogen, nur weil sie das Unglück hat, in einem gut durchkartellierten Industriezweig beschäftigt zu sein, wofür sie letzten Endes auch nicht ein christlicher Arbeitsminister Stegerwald verantwortlich machen sollte. Daß es sich bei den hier in Frage kommenden Arbeitern, auch soweit eine Ausbeutung des Experimentes geplant ist, durchweg um schwerindustrielle Industriearbeiter (Hochofenarbeiter, Bergleute usw.) handelt, ist in diesem Zusammenhang noch als Glied zu betrachten, denn gerade dieser Tatbestand ist am ehesten geeignet, aller Öffentlichkeit vor Augen zu führen, mit welsch grenzenlos sozialer Ungerechtigkeit hier kartellpolitische Experimente geübt werden, die, wie oben schon erwähnt wurde, auch wirtschaftspolitisch einen Festschlag bedeuten müssen.

Unter den auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Notverordnungen befindet sich ebenfalls eine kartellpolitische Charakter. Sie stellt nichts grundsätzlich Neues dar, sondern ist nur eine Erweiterung der Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923. Hier mag einer kurzen Nebenbetrachtung Raum gegeben werden. Genau wie die jetzige Erweiterung der schon bestehenden Kartellverordnung vom 2. November 1923, ist auch diese letztere auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes zustande gekommen, nur mit dem Unterschied, daß das Ermächtigungsgesetz vom 13. Oktober 1923, auf Grund dessen die erste Kartellverordnung erlassen wurde, durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluss zustande kam, während zu ihrer Erweiterung der Artikel 48 der Reichsverfassung in Anwendung gebracht wurde. Trotz dieses verfassungsrechtlich sehr bedeutamen Unterschiedes ist eine gewisse Ähnlichkeit beider Tatbestände unverkennbar. Diese zeigt uns, wie schwierig es ist, kartellpolitische Maßnahmen auf dem Wege geregelter parlamentarischer Tätigkeit durchzuführen. Gerade die politische Stellungnahme zur Monopolverordnung läßt die interessenmäßige Einstellung einen Grad erreichen, unter dem die notwendige Überparteilichkeit zu ihrer Schaffung stark in Mitleidenhaftigkeit gezogen wird. Daß sie immer nur in Zeiten, die den ausgeprochenen Charakter eines wirtschaftlichen und deshalb auch politischen Notstandes trugen, durchgeführt werden konnten, bestärkt nur die oben gemachte Feststellung.

Wozu nun besteht die kartellpolitische Neuerung der letzten Notverordnung? Bisher war es so, daß bei Kartellverträgen, die dem Allgemeinwohl zuwiderliegen, wozu zweifellos auch Abmachungen über den Preis gezählt werden konnten,

1. der Reichswirtschaftsminister beim Kartellgericht die Nichtigkeitserklärung des ganzen Vertrages oder einzelner Teile desselben beantragen konnte,
2. der Reichswirtschaftsminister die einzelnen Kartellmitglieder ermächtigen konnte, vom Kartellvertrage unverzüglich zurückzutreten,
3. der Reichswirtschaftsminister Abschriften von allen Kartellverträgen und Kartellbeschlüssen verlangen konnte, und diese erst nach seiner Kenntnisnahme in Kraft treten durften.

Wir sehen also beim Punkt 1, der die Nichtigkeitserklärung von Kartellverträgen behandelt, lag die letzte Entscheidung beim Kartellgericht, das selten in konventionell-freundschaftlichem Sinne entschieden hat. Aber die politisch verantwortliche Stelle, der Reichswirtschaftsminister, hatte bisher schon weitreichende Vollmachten, indem er durch Verordnung die einzelnen Mitglieder, wie es im Punkt 2 dargestellt ist, von ihren Kartellvertraglichen Verpflichtungen entbinden konnte. Eine derartige Anordnung kommt in der Praxis der Aufhebung des Kartellvertrages gleich, während der in Punkt 3 genannten Richterstattung nur informativer Bedeutung beizumessen ist. Die neue Kartellverordnung, die textlich wie inhaltlich auf die alte Bezug nimmt, unterscheidet sich von dieser nur im Umfang der zu ihrer Formulierung herangezogenen Worte. Die einzige Neuerung, die aber in Wirklichkeit gar keine ist, besteht darin, daß jetzt die Reichsregierung unter Ausschaltung des Kartellgerichtes ganze Verträge für nichtig erklären kann. Tatsächlich hatte sie diese Befugnis aber schon, wenn sie nur von den oben unter Punkt 2 genannten Rechten Gebrauch machen wollte. Dagegen stand keinem der Beteiligten die Anrufung irgendeines Gerichtes zu, was auch in dem anerkannten Kommentar über die Kartellverordnung von Dr. S. Friedländer ausdrücklich hervorgehoben ist. Neues hat also auch in dieser Beziehung die Regierung Brünning nicht geschaffen, und von den ihr bisher schon zustehenden Rechten hat sie, trotzdem ihre Minister bei allen Gelegenheiten von der Notwendigkeit des Preisabbaues geredet haben, keinen Gebrauch gemacht. Die unrichtige Ausnahme bei der Senkung der Eisenpreise trägt bekanntlich keinen kartellrechtlichen Charakter.

Es ist nun zu untersuchen, welsche Machtmittel heute der Regierung zur Senkung der Kartellpreise zur Verfügung stehen, welsche preispolitischen Wirkungen davon zu erwarten sind und in welscher Richtung hier Neuerungen auch von uns Gewerkschaftlern zu erstreben sind, denn wir

dürfen nie vergessen, das Kartell bestimmt den Warenpreis und damit unsern Reallohn, den zu steigern erste gewerkschaftliche Pflicht ist.

Die Regierung kann also künftig, wie früher schon, Kartellverträge und Kartellbeschlüsse für nichtig erklären. Sie kann, mit andern Worten, einzelnen Fabrikanten und Händlern die Erlaubnis geben, trotz Kartellbindung ihre Waren billiger zu verkaufen, indem sie bei der Einziehung der eingangs des Artikels erwähnten Konventionalstrafen ihre Machtsorgane den Kartellverwaltungen nicht zur Verfügung stellt. Dabei steht es auf einem ganz andern Blatt, ob die Warenproduzenten oder Händler nun auch von dem Recht der Freiheit in der Preisgestaltung Gebrauch machen wollen. Wir müssen hier die Kartellverhältnisse einmal so betrachten, wie sie in Wirklichkeit sind. Die kleinen Kartellmitglieder sind froh, unter dem Schutze der hohen Kartellpreise weiter wirtschaften zu können. Eine Außenleiterstellung würde ihnen das Leben kosten, denn die kapitalstarken Konkurrenten würden ihnen durch scharfen Preisdruck, wenn es sein muß, eine Zeitlang sogar durch Verkauf zu den Selbstkosten- oder zu Verlustpreisen das wirtschaftliche Lebenstillen ausblasen. Deshalb werden sich die Kleinen stets hüten, durch Schnaprschnäpse kartellgesetzlicher Bestimmungen den Kampf zu beginnen. Und die großen Firmen im Kartell haben erst recht keinen Grund dazu, denn wollten sie Preisherabsetzungen, dann könnten sie diese jederzeit durch Kartellbeschlüsse durchsetzen, da sie sich erfahrungsgemäß im Kartell, wo nach Produktions- oder Umsatzanteilen abgestimmt wird, meist in der Mehrheit befinden. Dieser Punkt der alten, wie auch der erweiterten Kartellverordnung bietet also eine in der Praxis ziemlich unwirksame Waffe zur Erzwingung niedriger Kartellpreise.

Dagegen steht der Regierung ein andres viel wirksameres Mittel zur Dämpfung der Kartellpreise zur Verfügung. Es ist das die Herabsetzung oder Aufhebung der Einfuhrzölle für im Inland kartellierte Waren. Wirtschaftstheoretisch sieht die Sache so aus, daß dadurch die im Inlande durch Kartellvereinbarung ausgeschaltete Konkurrenz vom Auslandslieferanten her aufgefressigt werden soll. Das zeigt schon, daß diese Form, auf den Kartellpreis Einfluß auszuüben, überall dort nicht zur Anwendung gelangen kann, wo der Kartellgebante bereits in internationaler Maßstäbe verwirklicht ist. Nun gibt es gewiß schon eine Anzahl internationaler Kartelle, die auch zollpolitische Maßnahmen unwirksam gestalten, aber ihre Zahl ist im Verhältnis zur deutschen Gesamtgütererzeugung immerhin noch begrenzt. Hier also könnte schon manches getan werden, aber das würde bei dem Umfang, den das Kartellwesen in Deutschland angenommen hat, nichts andres bedeuten, als mit entschiedenem Rud zu einer freihändlerisch orientierten Handelspolitik überzugehen. Daß eine Regierung Brüning, deren Existenz und Wirken in entscheidendem Maße von großagrarischem und schwerindustriellen parlamentarischen Gruppen abhing, dazu nicht in der Lage sein konnte, versteht sich von selbst. Eine genau so oder ähnlich zusammengesetzte Regierungskoalition würde das auch künftig nie sein können, woraus sich dem Gewerkschaftler die Pflicht aufdrängt, für eine Ver Stärkung des konstitutionenfreundlichen Elements im neu zu wählenden Reichstag zu sorgen.

Endgültig aber ist dies Kartellwesen in Deutschland nur Herr zu werden, wenn das Gebaren der wirtschaftsmonopolistischen Organisationen unter direkte Kontrolle entweder des Staates oder neu zu schaffender wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörperungen gestellt wird. Deren Schaffung hat ja auch der Hamburger Gewerkschaftstongreß gefordert, wobei der Arbeiterschaft und der organisierten Verbraucherschaft die Rechte eingeräumt werden sollten, die deren Bedeutung im gesamten öffentlichen Leben der Nation entsprechen. Diese Forderung ist heute aktueller denn je, da es auf dem Wege zur Durchorganisierung der Wirtschaft keinen Stillstand mehr geben darf. Das alles sind freilich auch politische Aufgaben, deren Lösung nicht zuletzt von dem Gesicht des neuen Reichstages, den wir am 14. September wählen, abhängt. F v b.

Korrespondenzen

Berlin. (S a n d s e h e r.) Unsere diesjährige W a n d e r v e r s a m l u n g führte uns am 3. August nach Brandenburg a. d. S. Im vollbesetzten Sonderzug traten die Kollegen mit ihren Angehörigen die kurze Reise an. Am Bahnhof herzlich empfangen, ging es unter Führung des gut gekleideten Brandenburger Tambourkorps zum dortigen „Wolfsbaus“, wo das Frühstück eingenommen wurde. Dann folgte die eigentliche Versammlung, an der auch die Frauen teilnahmen. Der Gesangverein „Grappia“ eröffnete die Tagung mit dem Lied „Empor zum Licht“. Kollege H i n d e n b e r g (Brandenburg) begrüßte die Erschienenen in der tausendjährigen Stadt, darauf hinwies, daß Brandenburg auch für die Arbeiterbewegung historische Bedeutung hat. Nachdem Kollege P e i t z s c h als Vorsitzender der Berliner Vereinigung die Kollegen und besonders unsere Gäste begrüßt und einige Begrüßungsstelegramme von der Vereinigung Halle und dem Kollegen W o f f r a m (Leipzig) verlesen hatte, nahm unser zweiter Verbandsvorsitzender, Kollege W a r t h, das Wort zu seinem Vortrag „Aus der Zeit für die Zeit“. Seinen interessanten Ausführungen folgte reichlich Beifall. Sodann zeigte uns eine 1 1/2stündige Dampferfahrt, die sich bis zum Fluß See ausdehnte, Brandenburgs wasserreiche Umgebung. Ein opulentes Mittagsmahl vereinigte alle Teilnehmer wieder im „Wolfsbaus“. Für alle von den Brandenburgern arrangierten Veranstaltungen: Führungen durch die Stadt, Unterhaltungen verschiedenster Art im „Wolfshausgarten“, schien der Nachmittag beinahe zu kurz. Es gab am Abend nur eine Mitteilung: „Eine wofolgungene Veranstaltung“, die ihren agitatorischen Zweck voll auf erfüllt hat, und zu deren Gelingen die Brandenburger Kollegen

den Hauptteil beigetragen haben, wofür ihnen auch von dieser Stelle unser herzlichster Dank ausgesprochen sei.

Bielefeld. Am 9. August fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung in der „Eisenhütte“ statt, die von etwa 140 Kollegen besucht war. Unter „Bereinsmitteilungen“ warnte Vorsitzender Str a h m a n n vor Kurzarbeit u. a. Den Bericht von einer Vertrauensmännerprüfung gab Kollege E d. D r e y e r. Anschließend hieran kam ein Antragsantrag gegen einen Kollegen zur Annahme, der da glaubte, mit fortwährend entfallenden Berichten in der kommunistischen Arbeiterpresse und Herunterreißen unserer Führer „struppellose“, „Gewerkschaftsopposition“ betreiben zu dürfen. Durch diesbezügliche Arbeitsmarktlage ist auch unsere Ortsklasse derartig in Anspruch genommen, daß eine Erhöhung des Ortsbeitrages nicht zu umgehen ist. Darum stimmte die Versammlung einstimmig einer Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. auf 30 Pf. zu. Unter „Verschiedenem“ machte Kollege S e l e m a n n noch Mitteilungen über unsere Überstundenkassette, darauf hinweisend, daß bei der augenblicklichen Lage fast keine Überstunden mehr gemacht werden, was im Interesse unserer arbeitslosen Kollegen zu begrüßen sei.

Dresden. In unserer Versammlung am 6. August hielt vor reichlich 300 Kollegen G a u v o r s e f e r S a h l m a n n einen Vortrag: „Stellungnahme gegen den verhassten Lohnabbau“. Er entseelte mit seinen Ausführungen reges Interesse. Ausgehend von der zunehmenden Erwerbslosigkeit, den unerwartlichen Abbaumaßnahmen der Reichsregierung in der Sozialpolitik mit Hilfe der Notverordnungen und dem Tiefstand der kapitalistischen Wirtschaft wußte Redner Ursachen und Wirkung der Wirtschaftskrise eingehend zu schildern. Auch das Buchdruckergewerbe blieb nicht verschont von einem Rückschlag. Auswirkungen dieser Konjunktur waren Abbaugeschleife des Unternehmertums in der Lohnpolitik. Angriffe auf die Tarifschüsse konnten dank der Festigkeit unres Verbandes nicht verzeichnet werden, doch wurden hier und da Abbaugeschleife auf die Leistungszulagen der Gehilfenhaft getätigt. Wenn sich beispielsweise der Sächsische Industriellenverband in einer Eingabe an das Gesamtministerium gegen Schlichtungsmahinieren, Sozialabgaben und „hohe“ Löhne wendet, so will er nichts andres damit betreiben als den Lohnabbau mit Hilfe des Staates. Ähnliche Wünsche sind auch in unserm Unternehmerrager vorhanden, gehen aber von falschen Voraussetzungen aus. Trotz Maschinenisierung und Rationalisierung, trotz eines Erwerbslosenheeres von drei Millionen stellte letzthin das Reichsstatistische Amt Zunahme der Arbeitnehmerschaft in Deutschland in Höhe von einer Million fest. Also muß doch der wirtschaftliche Tiefstand ganz andre Ursachen haben, als es die angehängt „hohen Löhne“ sind nach Meinung des Unternehmertums. In der Ansprache begründete Kollege M ä h o l d das Arbeitslosenverdingungsgeheiß als ungeheure Feiße für die Arbeiterschaft. Eine Schwäche unserer Organisation ist es, daß man revolutionäre Kräfte aus dem Verband ausschaltete, auch könne er sich nicht einverstanden erklären mit dem Bestreben um Erhalt des jetzigen Lohnniveaus: trotz Arbeitslosenmijere Erhöhung der Löhne um jeden Preis. Kollege M i l l e r wandte sich gegen diese Ausführungen, verteidigte die Stellung der SPD-Fraktion im Reichstag und stellte fest, daß hohe Löhne in Ausland nicht erzielt werden können. In Deutschland aber waren es die „Beuwig“-Betriebe, die eine Nationalisierung auf Kosten der Arbeiterschaft betrieben. Kollege S e r b t ließ sich für die Taktik der Gewerkschaftspolitik ein und sprach gegen die negative Demonstrationspolitik der APD. Zum Lohnproblem gehörte unbedingt auch die Sozialpolitik, die es zu erhalten und zu bessern gilt. In seinem Schlusswort ging Kollege S a h l m a n n auf die Ausführungen der Debattierender ein und hielt es für notwendig, rechtzeitig Wege zu weisen, um eventuellen Vorkommnissen gewachsen zu sein. Vor allen Dingen sind es die Gewerkschaften, die die Arbeiterschaft vor Ausbeutung schützen können. In unigen Zusammenarbeiten der Dresdener Kollegenchaft wird sich unsere Stärke erweisen. Hierauf gab G a u v o r s e f e r S a h l m a n n e einige Ausführungen über die Veränderungen in der Sozialpolitik, insbesondere Arbeitslosenversicherungsgesetz und Krankenversicherung betreffend.

Halberstadt. Am Sonntag, 3. August, fand im hiesigen Gewerkschaftshaus unsere fällige V e r s a m l u n g statt. Die unter Leitung des Kollegen B a h n s t e h e n d e Versammlung war besucht von Kollegen aus Wernigerode, Jüdenburg, Osterwick, Oßersleben und Halberstadt. Auf dem Bahnhoff wurden die auswärtigen Kollegen herzlich begrüßt. Dann ging es unter Vorantritt einer Kapelle im stattlichen Zuge nach dem Gewerkschaftshaus. Mit einem Begrüßungslied des Kollegengesangvereins „Typographia“ (Halberstadt) begann die sehr gut besuchte Tagung. In ihrem Mittelpunkt stand in sehr interessanter sozialpolitischer Vortrag des Kollegen K a r l S a r t m a n n (Sena), Bezirkssekretär des A D B, der in eingehender Weise den Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialgesetzgebung schilderte. Der Referent behandelte weiterhin die Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise und wandte sich besonders gegen die Lohnsenkungaktion der Industrie, weil dadurch die Kaufkraft der arbeitenden Massen noch weiter vermindert wird. Wenn man schon die Löhne senken wolle, dann sollte man nicht beim einfachen Arbeiter, sondern bei den Direktoren mit Nebengehältern anfangen. Der Vortrag fand die Zustimmung der Versammlungsteilnehmer. Nachdem Kollege E t h e r die Grüße des G a u v o r s e f e r s überbracht hatte, erstatteten die Ortsvereine des Bezirks die Berichte über ihre Tätigkeit. Kollege B a h n berichtete über Halberstadt. Er begann mit der Feststellung, daß in Halberstadt die Arbeitslosigkeit unter den Buchdruckern sehr groß sei, die Organisation aber sehr fest gegründet. Besonders gut habe sich die Bezirksabteilung entwickelt. Kollege K e f f e l (Wernigerode) berichtete über schlechte Konjunktur in Wernigerode, die zahlreiche Rückbildungen zur Folge hatte. Kollege S c h ö n f e l d (Osterwick) gab einen Bericht von den Osterwickern Verhältnissen. Aus Oßersleben wurde über eine Drucker geflagt. Abschließend machte noch Kollege E t h e r Angaben über die Arbeitslosigkeit im Gau und schloß dabei besonders an, daß diese junge Gehilfen, die eben erst ausgetreten hätten, entlassen worden seien. Das sei bedauerlich, weil ja doch diese jungen Gehilfen keine Möglichkeit hätten, sich weiter anzubilden. Mit der Erörterung von Organisationsfragen fand die

Tagung ihren Abschluß. Am Nachmittag beteiligten sich die Tagungsteilnehmer geschlossen am Fest der Arbeit.

Kassel. Nach einer kleinen Sommerpause fand unsere schon längst fällige, gut besuchte V e r s a m l u n g am 28. Juli im „Wolfsbaus“ statt. Es galt u. a. Stellung zu nehmen zu den in der letzten Vertreterversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe getroffenen Maßnahmen. Kollege W i l h e i m W a i e r gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Kasse im allgemeinen, dabei besonders die Vertrauensarztfrage behandelnd. An einigen Beispielen konnte bewiesen werden, daß eine Krankenkasse in der Größe wie die Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe ohne Vertrauensarzt nicht mehr auskommen kann. Die Erholungsheime Schweigsmatt und Scheuern haben zum Vorteil der Mitglieder gewirkt. Manger Erholungsbedürftige hat hier wieder Kräfte gesammelt, um im Alltag wieder seinen Mann stellen zu können. Der heute eingeschlagene Weg der Krankenkasse zur Herstellung des Gesundheitszustandes der Mitglieder ist der richtige: Vorbeugend zu wirken und nicht erst dann eingzugreifen, wenn die Krankheiten in schwerster Form ausgebrochen sind. Einem Antrag des Kassenvorstandes, den Beitrag um ein halbes Prozent zu erniedrigen, konnte von den Vertretern der freien Gewerkschaften nicht zugestimmt werden, macht doch diese Herabsetzung dem einzelnen Mitglied in der Woche nur den Betrag von höchstens 12 Pf. in der obersten Klasse aus. Wenn dem Antrag nicht entsprochen werden konnte, so deshalb, weil es notwendig erschien, die Leistungen der Kasse auf den Vorkriegsstand zu bringen und auszubauen. Nicht Abbau, sondern Ausbau der Krankenversicherung muß die Lösung sein. So wurde nun das Krankengeld für Ledige erkreulicherweise von 55 auf 60 Proz. erhöht; die Familienversicherung muß eine Erweiterung erfahren. Die Vertreter der christlichen Organisationen erklärten ebenfalls, daß auch sie einer Beitragsherabsetzung nicht zustimmen könnten. Was aber geschah hiernach? Bei der Abstimmung stimmten sie mit den Arbeitgebern, nachdem sie kurz vorher von ihrem sogenannten Führer heimliche Zusicherungen entgegengenommen hatten. Ein Beweis dafür, wie wenig selbständig diese Vertreter in ihren Handlungen sind. Auch ein Standpunkt! Trotzdem in sämtlichen bürgerlichen Zeitungen wahrheitswidrige Artikel über die Vorgänge in der Krankenkasse erschienen sind, wurde ein auffälliger Artikel unsererseits, der sich im speziellen mit unserm Beruf beschäftigte (es wurde von einem christlichen Sekretär versucht, unsere Kollegen zwangsausfüßig in den Gutenbergsbund zu drängen), von der bürgerlichen und sogenannten Generalanleihepresse abgelehnt; nur das sozialdemokratische Parteiorgan hat unsern Artikel aufgenommen. Man sieht auch hieraus die Parteilichkeit der Presse für „Wahrheit und Recht“ den Arbeitern gegenüber. Im zweiten Teil seiner Ausführungen ging Kollege W a i e r auf die letzten Vorgänge im Reich über, auf die sogenannte Sozialversicherung auf Abbruch, dabei alle die Gründe auf dem Gebiet der Versicherungen der Sozialversicherung behandelnd, die auch mit zur Auflösung des Reichstages führten. Insbesondere zerpflückte er die bewußte Denkschrift der Arbeitgeberverbände und zeigte an Hand reichen Materials, auf was es bei dem kommenden Wahlkampf ankommt. Mit dem Appell, am 14. September denjenigen Parteien ihre Stimme zu geben, die für Erhaltung und den Ausbau der Sozialgesetzgebung eintreten, schloß er seine interessanten Ausführungen. In der einsehenden regen Diskussion, die das Gelegte noch unterstützte, wurden die Maßnahmen der Verwaltung und der Vertreterversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse gutgeheißen. Die Versammlung sagte ihre Meinung in einer Entschliegung, die das Verhalten der sogenannten Christen scharf verurteilt, zusammen. Darin wurde auch auf das entscheidende dagegen protestiert, daß die heutige Regierung in so einschneidender Weise den Abbau der Sozialversicherung betreibt, was nichts andres bedeutet als eine Willkürigkeit den Arbeitgeberverbänden gegenüber. Treffen doch die geplanten Sozialvergewaltigungen wiederum nur die Armen der Armen. Mit einem Appell, am 14. September als freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter ihre Pflicht zu tun und dafür zu sorgen, daß ein Reichstag gewählt wird, der sich nicht mehr untersteht, alle Lasten auf die Schultern der Arbeiterschaft abzuwälzen, wie dies gerade die letzte Regierung getan hat, von der sehr treffend der Zentrumsabgeordnete Schlad erklärte, eine reaktionäre Regierung noch nicht erlebt zu haben, jedoch Vorsitzender P r e e l e die anregend und in allen Teilen harmonisch verlaufene Versammlung.

Kassel. Am 10. Juli fand hier die gut besuchte erste E r v e r s a m l u n g statt. Der Bezirksvorstand war durch die Kollegen E d e r l i n, W e i s s e r, L. R ö f f e r und Steinweg vertreten. Vorsitzender E t e r l i n begrüßte die Erschienenen und gab die Tagesordnung bekannt. Diese umfaßte folgende Punkte: 1. Arbeitslose im Kampf gegen die Ausbeutung. 2. Wahl eines Vertrauensmannes der Erwerbslosen. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt führte Kollege E t e r l i n aus, der Bezirksvorstand verstehe und wüßige die augenblickliche Verarmung und Verhältnisse der Arbeitslosen. Er sei gewillt, was in seinen Kräften steht für die erwerbslosen Kollegen zu tun. Redner beschäftigte sich dann längere Zeit mit den Wirtschaftspragen, auch mit der Rationalisierung und ihren für die Arbeiterschaft zu unerfreulichen Auswüchsen, die er mit kräftigen Worten geißelte. Sein Vortrag klang aus in den Worten: Trotz alledem heißt es für uns - Arbeitende und Arbeitslose - zusammenstehen in dem kommenden Kampf. In der Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen. Es kam folgende Resolution an den A D B, über den Verbandsvorstand zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung der arbeitslosen Kasseler Buchdrucker ersucht den Verbandsvorstand in Verbindung mit dem Vorstand des A D B, um die Einleitung entsehnlicher Maßnahmen zur Behebung der katastrophalen Arbeitslosigkeit. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die vom A D B geforderten Mittel bei weitem nicht ausreichen, um dem Unrecht, das an Millionen von Volksgenossen verübt wird, Einhalt zu gebieten. Die Kollegen sind sich darüber klar, daß nur gemeinsame politische Maßnahmen einer weiteren Verschlechterung Einhalt gebieten können. Nur mit solchen Maßnahmen kann der Sieg einer wirklich vernunftgemäßen Wirtschaftsverordnung zum Durchbruch gehoben werden.“ Sodann erfolgte die einstimmige Wahl des Kollegen W a r t h e l m a n n als Vertrauensmann und Kollegen S o f h u t als Erzagmann.

Beim letzten Punkt entwickelte sich eine rege Aussprache. Kollege Barthelmann verurteilte die sogenannte Güterfremdvermittlung von Erwerbslosen. Auch hier müsse die Solidarität sich bewähren. Es kann nicht angehen, daß man den langen Zeit auf der Straße liegen, die kurzzeitigen Erwerbslosen aus getauemtem Grund vorzieht. Die Kollegen Eckert und Köhler erwarten mehr Initiative des DGB, bei der Erwerbslosenfrage. Einem Antrag, den Ortsausschuß des DGB für eine wichtige Erwerbslosenversammlung zu interessieren, wurde stattgegeben. Zum Schluß fand ein Antrag, den Erwerbslosen den kostenlosen Besuch der Kunstgewerbeschule zu ermöglichen, Zustimmung und Verständnis beim Bezirksvorstand.

Stuttgart. Am 11. August konnte unser Ortsverein erstmals den Kollegen Helmholz (Berlin) als Gast und Referenten in einer Versammlung begrüßen. Zahlreich hatten sich die Kollegen eingefunden, um dessen Vortrag: „Gewerkschaftliche Gegenwartsfragen“, entgegenzunehmen. Zu Beginn erfreute uns Sängerkollegium mit Uthmanns „Ich warte dein“ ihr jüngstes passiv-aktives Mitglied. Durchführung mit dem Referenten war nämlich schon am 9. August nach Abschluß der Abendunterhaltung aus Anlaß des zweiten Jungbuchdruckerfestes im Gau Württemberg genommen worden, bei dem Kollege Helmholz den Festvortrag hielt. Das ist gut so unter Kollegen. Nach herzlichen Begrüßungsworten des Kollegen Klein trat der Vortragende an das Rednerpult. Durch einen Rückblick auf den impopulär verlaufenen Jungbuchdruckeritag zog Redner Vergleiche, wie die neue Zeit hier Wandel geschaffen. Was einst dem Kollegen Steinhard die Ausweisung aus Hamburg eintrug, hat heute schon seit zehn Jahren Befehden. Die Jugend bilde den Jungborn der Gewerkschaften, sie müsse gepflegt, erzogen und zu einem kampfbereiten Nachwuchs herangebildet werden. Dies sei eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Gegenwartsfragen. Immer größere und festere Formen nehme die Vergegenständlichung von Industrie und Handel an. Einzelunternehmungen verschwinden immer mehr. Zusammenfluß auf der Gegenseite erfordere engen Zusammenhalt, restloses Zusammenfinden auf der unrigen. Insbesondere die Gewerkschaftsversammlungen hätten die Aufgabe, alle Vorgänge in wirtschaftspolitischer Hinsicht zu verfolgen, zu beschreiben und in den Gesichtskreis des einzelnen zu rücken, damit die Arbeiterschaft ständig über die Zusammenhänge im Wirtschaftsleben unterrichtet bleibt und dementsprechende Maßnahmen treffen kann. Politische Zersplitterung bringe es leider mit sich, daß der schlimmste Feind in den eigenen Reihen zu finden ist: die Uneinigkeit. Die wahnwitzige Zerplitterung lähmt die Stohkraft der Gewerkschaften. Sie verhindert manchen Erfolg und fördert das Unternehmertum in dessen Bestrebungen zur Unterdrückung der Arbeiterschaft. Die Abwehr gegen diese Bestrebungen dürfe man nicht bloß den Führern überlassen. In den Vereinen der Arbeiter erblickten die Unternehmer die eigentlichen Ruhestörer und Friedensbrecher bei Lohnkämpfen und Tarifabmachungen. Aus Äußerungen der Unternehmerpresse usw. gebe immer wieder hervor, daß die Arbeiter gar nicht zufrieden seien. Mit ihnen liege es sich schon zu Rande kommen. Nur ihre Vertreter stellen maßlose, unerfüllbare Forderungen. Eine solche rege Meinung aus der Welt zu schaffen, ist eine weitere gewerkschaftliche Aufgabe. Hier sollte jedes Einzelmitglied mit dafür sorgen und seinen Mann stellen, damit zur Weltung gelange, was recht und billig sei, und es würde wieder vorwärts gehen. Hand in Hand mit der Unternehmertät gehe die erfolgserhebende und zerstörende Oppositionstreberei innerhalb der Gewerkschaften. Der Weg zum Sozialismus führe bestimmt nicht über Sowjet- und tschakische Methoden, sondern über die Gewerkschaften. Im Anschluß hieran behandelte der Referent eine Reihe aktueller organisatorischer Zeit- und Streitfragen. Er gab ferner seine Meinung dahin Ausdruck, daß ein überzeugter Gewerkschafter sich auch politisch betätigen müsse. Diese Betätigung dürfe nicht in bekämpfen der Gewerkschaften bestehen. Die kollegialen Verhältnisse innerhalb der Gewerkschaften müßten wieder solche werden, daß ein jeder dem Arbeitsgenossen seine inneren Gedanken anvertrauen könne. Das Wort Kollege muß seinen früheren Wert wieder bekommen. Laßt uns die Eintracht auf den Schild erheben, denn Kraft ist nur dort, wo Einigkeit und Vernunft walten.“ So sprach Kollege Helmholz seinen mit stürmischen Beifall aufgenommenen Vortrag. Dieser Beifall war Beweis dafür, daß die Worte zu Herzen gegangen waren und tiefen Eindruck hinterließen. Bei der Aussprache gab ein junger Kollege seinen Zweifel und seiner Verwerfung an der gegenwärtigen politischen Lage, wo sich Sozialismus und Kommunismus gegeneinander zerfleischen, Ausdruck. Ein weiterer Redner hob die Fluktuation innerhalb der Gewerkschaften auf die nach seiner Meinung verschlechte Gewerkschaftsaktivität, die zu wenig Kampfmaßnahmen kenne und träge. Kollege Klein stellte einige Mißverständnisse und verkehrte Auslegungen der beiden Disziplinarsredner richtig. Er forderte zur restlosen Befestigung des „Korr.“ auf. Eine Statistik werde aufgenommen, um festzustellen, wo die Nichtleiter zu suchen seien. Der Aufruf an die Kollegialität und gegenseitige Vertrauenshaftigkeit dürfe Wurzeln schlagen. Die kommende Reichstagswahl müsse eine einige geschlossene Arbeiterschaft finden, um alle Notverordnungen einer Widerherstehungsregierung, die den Besitz entlassen und die Bestholden belassen, ein für allemal unmöglich zu machen. 62 Pro. Arbeiterwählern stehe ein bürgerlicher Parteienblock entgegen, der mit Verpfändungen Mandate zu ergattern versuche. Nach der Wahl werden die gleichen Arbeiter getrieben, ausgebeutet und auf die Straße geschleht. Die Bürgerlichkeitsregierung lege den schwachen Schultern Lasten auf Lasten auf, während der Besitz gelangt, den Kapitalgebern Vorwurf geleistet und größter Klassenegoismus getrieben werde. Vergleiche aus den Notverordnungen nach § 48, wie Arbeiter, Angestellte und Beamte durch Abbau der Leistungen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung, durch Ledigensteuer, durch die Kopfsteuer genannt Reichshilfe, bei der der arme Teufel beinahe den gleichen Betrag zu zahlen habe, wie der vielfache Millionär und deutsche Auslandskapitalist, dienten den Anwesenden zur Auffklärung, wohin die Fahrt geht. Es sei höchste Zeit, daß die Selbstverteidigung der Arbeiter aufhöre. Sein Zitat: „Nur die allerdingstämigen Kaiser, wählen ihre Wegger selber!“, müßte allen Arbeitern auf Steuerbescheid und Stempelparte aufgedruckt werden. Vielleicht

würde dies helfen. Kollege Helmholz hatte leichte Mühe, im Schlusswort der Kritik zu begegnen. Seine Ausführungen waren nochmals eine Mahnung zur Einigkeit und Geschlossenheit. Unter Hintanlassung persönlicher Interessen müsse die Arbeiterschaft die Macht und das Recht, das ihr zusteht, erringen und ausnützen, um bessere Zustände und eine lohnreichere Zukunft zu erreichen. Die Sängerkollegen schloßen die Versammlung mit Uthmanns „Sturm“. Kollege Klein sagte ihnen Dank für ihre kollegiale Tätigkeit. Immer sind sie es, die zeigen, daß es Einigkeit gibt, wenn das Ich zurücktritt und an dessen Stelle das Gesamtwohl tritt.

Allgemeine Rundschau

Reichstagswahlvorbereitungen des Unternehmertums. (Berichtigung.) Der Reichsverband der Deutschen Industrie ließ uns durch seine Geschäftsführung in den letzten Tagen unter Bezugnahme auf § 11 des Reichspressgesetzes folgende Berichtigung zu dem in Nr. 61 bes. „Korr.“ vom 30. Juli d. V. veröffentlichten Artikel „Reichstagswahlvorbereitungen des Unternehmertums“ zugehen:

- Berichtigung**
1. Es ist nicht wahr, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie seine Mitglieder durch Rundschreiben oder sonstige aufgefordert hat, einen Durchschnittsbetrag von jedem beschäftigten Angestellten und Arbeiter zu erheben und an einen Wahlfonds abzuführen.
 2. Wahr ist vielmehr, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie keinerlei Wahlfonds besitzt, daß bei ihm keinerlei Streik- und Ausperrungsaktionen bestehen und daß er deshalb auch keiner Partei irgendwelche Gelder für Wahl- oder andere Zwecke aus seinen Mitteln zur Verfügung stellt.

Wir hätten diese Berichtigung dem Papierkorb einwerfen können, denn sie verläßt, Behauptungen richtigzustellen, die in unserm Artikel in Nr. 61 gar nicht zu finden sind, also von uns auch gar keine Berichtigung bedürfen. Weil aber die in Betracht kommenden Fragen so zeitgemäß und wichtig sind, glauben wir von einer Nichtveröffentlichung der Berichtigung absehen und sie gleichzeitig richtigstellen zu können. Wir haben nämlich in Nr. 61 geschrieben: „Bereits vor Monaten wurde in Industriellenkreisen der Gründung eines Wahlfonds zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nähergetreten.“ Unter Industriellenkreisen verstehen wir und wohl auch noch andere Kreise nicht nur den Reichsverband der Deutschen Industrie. Denn es gibt eine ganze Reihe von Unternehmerverbänden der deutschen Industrie, die keineswegs mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie identisch sind. Auch haben wir in einem weiteren Satz nicht behauptet, daß in dem angeführten Rundschreiben, das der Reichsverband der Deutschen Industrie verfaßt hat, der Reichsverband aufgefordert habe, einen Durchschnittsbetrag von jedem beschäftigten Angestellten und Arbeiter zu erheben und an einen Wahlfonds abzuführen. Die betreffende Stelle unseres Artikels lautete vielmehr folgendermaßen: „In einem Rundschreiben, das damals der Reichsverband der Deutschen Industrie verfaßte, wurde es den einzelnen Fachverbänden zur moralischen Pflicht gemacht, von ihren Mitgliedern einen Durchschnittsbetrag von einer Mark für jeden beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu erheben.“ In diesen Worten ist keine Rede von der mehr als lächerlichen Idee, daß von jedem Arbeiter und Angestellten ein Durchschnittsbetrag zu erheben sei. Eine solche geschwätzige Schröpfung hätten sich die Arbeiter und Angestellten bestimmt nicht gefallen lassen. Auch von einem Wahlfonds des Reichsverbandes ist in unserm Artikel mit keinem Wort die Rede. Daß der Reichsverband seinen solchen Besitz oder zu hüten hat, ist ohne weiteres zu glauben, daß aber ein Teil der ihm angeschlossenen Landesverbände in dieser Beziehung tatsächlich nicht unbeteiligt ist, dürfte auch der Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bekannt sein. Sie braucht sich a. B. nur ein diesbezügliches Rundschreiben des Verbandes der Sächsischen Industriellen vom 31. Mai 1930 zu den letzten Landtagswahlen in Sachsen etwas näher anzusehen.

„Der Deutsche“ im Denunziationsimpf. In seiner Nr. 193 vom 19. August d. J. ist „Der Deutsche“, die politische Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, wieder einmal in die Fußstapfen neidischer Denunzianten gegenüber den Buchdruckern getreten. Unter der Überschrift „Wo bleibt die konsequente Haltung“, ließ er in der genannten Nummer folgendes vom Stapel:

Schon mehrfach haben wir an dieser Stelle auf die eigenartige Haltung verschiedener Zentrumssetzungen gegenüber den freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften hinweisen müssen. Jetzt liegt wieder ein neuer Fall der Förderung der freien Gewerkschaften durch ein Unternehmen der Zentrumspresse vor. Darum handelt es sich um ein Blatt, das wohl zu 90 Proz. von Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften gelesen und getragen wird. Lassen wir kurz Tatsachen sprechen.

Das Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, der „Korrespondent“, der genau wie alle andern freigeberwerblichen Gewerkschaftszeitungen jetzt einen groß aufgemachten Auftrieb des Vorstades und Ausschusses des sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für die sozialdemokratische Partei bringt, berichtet (Nr. 63, 1930) über die 25-Jahresfeier des Ortsvereins Buer des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes. Den Festteilnehmern sei eine in Inhalt und Ausstattung vorzüglich gelungene Festschrift in einem Umfang von 32 Seiten überreicht worden. Wörtlich heißt es dann:

„Diese vorzüglich ausgestattete Festschrift wurde von der Gesellschaft für Buchdruckerei und Zeitungsverlag m. B. S. (Buerische Volkszeitung) kostenlos hergestellt. Für dieses lebenswichtige Entgegenkommen sei der Geschäftsleitung auch an dieser Stelle herzlich gedankt.“

Die „Buerische Volkszeitung“ ist ein Zentrumsblatt, Zentrumsarbeiter, die von den freien Gewerkschaften oft in unverhättnisvoller Weise bekämpft, ja brotlos gemacht werden, ermöglichen das Erscheinen dieses Blattes. Für die schlimmsten Gegner der christlichen Arbeiterschaft und der Zentrumsarbeit stiftet dieses Unternehmen eine Festschrift in vorzüglicher Ausstattung. Soll man darüber lachen oder weinen? Wenn das die vielgerühmte Grundgesetztreue ist, dann kann das „Bürgerium“ bald einpacken.

Dieser Fall zeigt aber, daß die so Klassenbewußten freien Gewerkschafter gern auch Liebesgaben materieller Art auf von Leuten entgegennehmen, die sie sonst mit Haut und Haaren ausrotten wollten.

Daß es der Schriftleitung des „Deutschen“, dessen Unterstitel noch „Tageszeitung für deutsche Volksgemeinschaft“ und für ein unabhängiges Deutschland“ lautet, weder moralisch noch in nationaler Hinsicht begrifflich erheischt, daß sich trotz wirtschaftspolitischer Gegensätze zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft aus dem täglichen Arbeitsprozeß heraus gegenseitige persönliche Achtung entwickeln und auch praktisch auswirken kann, dürfte an Hand einer solchen fanatischen Schmiererei wieder einmal deutlich bewiesen sein. Zwar hat eine solche Gesinnung nach untrer Auffassung mit wahrhaft christlichen Grundsätzen nicht das geringste zu tun, aber sie zeigt doch wieder einmal die moralische Qualifikation einer gewissen Knechtlichkeit, die nichts andres zu tun weiß, als nach der Parole zu handeln, was' Brot ich eß, des Vieh ich sing!' Daß die in Frage kommende Geschäftsleitung mit der kostenlosen Herstellung der Festschrift für unsern Ortsverein Buer bewiesen hat, daß sie die christliche Arbeit der Buchdrucker trotz wirtschaftspolitischer Gegensätze zu würdigen weiß, gereicht ihr nur zur Ehre, und zwar trotz dieser hochförmlichen Begeiferung durch ein kleinliches und neidisches Denunziantentum, das jedem Pennaler die Schamröte ins Gesicht treiben würde. Für gerechten Würdigung der „arbeiterfreundlichen“ Haltung der politischen Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften durch die deutschen Buchdrucker hat dieses Denunziantenstück für die bevorstehenden Reichstagswahlen gerade noch gefehlt!

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsam veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand Ende Juli (herausgegeben am 18. August 1930) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Kurzarbeiter am Ende des Monats	
	Juli 1929	Juli 1930	Juli 1929	Juli 1930
Buchdrucker	9,9	15,6	0,3	1,8
lithographen u. Steindruck	9,2	17,2	1,6	7,8
Graph. Hilfsarbeiter	7,8	15,4	0,9	5,3
Buchbinder	12,2	10,8	14,1	24,3

Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern beliefen sich Ende Juli 1930 auf 20,8 Proz. bzw. 13,5 (gegen 8,6 bzw. 6,5 Proz. Ende Juli 1929).

Eigenartiger Schwindlertrick. Vor kurzem berichtete „Klimpsch Druckereianzeiger“ über einen raffinierten Betrugsversuch des Buchdruckers Jürgen Behrend in Kiel, der es darauf abgesehen hatte, die Kasse der Reichsbahn um den Betrag von 16 620 M. zu erleichtern. Die Tat dieses Mannes, der sich vor dem Schöffengericht in Kiel zu verantworten hatte, ist um so erstaunlicher, als er fast gänzlich blind, 16 und bis Angelegenheiten nur auf wenige Kilometer Entfernung in großen Entfernungen wahrnehmen kann. Ertragend brachte er es fertig, sich in einer Kiste als Siliagut verpacken zu lassen. In einem Nachmittags wurde auf dem Bahnhof in Kiel eine große Kiste mit dem Bestimmungsort Hamburg aufgegeben. Als der Wagon in Hamburg geöffnet wurde, stellte es sich heraus, daß in die Hand ein Loch gefügt und der Wagon offenbar beraubt worden war. Jedenfalls war die von Behrend aufgegebenen Kiste erbrochen und der Inhalt, der aus Stoffen im Werte von 16 620 M. bestehen sollte, fehlte. Die Bahnpolizeistraminalpolizei konnte jedoch halb den Fall als ein raffiniert angelegtes Betrugsmanöver aufklären. Die Kiste ließ sich von innen öffnen und das Loch im Wagon war ebenfalls von innen herausgefagt worden. Auf einer Zwischenstation war Behrend aus dem Wagon entküpft und trotz seiner Blindheit die 60 Kilometer lange Strecke zurückgewandert, nur von dem erstaunlichen Instinkt des Blinden geleitet. In Kiel erhielt er die Nachricht der Eisenbahntraktion Altona, daß seine Werksendung leer angekommen sei, da der Wagon offenbar beraubt worden. Behrend nahm sich eine Führerin, fuhr nach Altona und meldete seine Gesahnsprüche an. Sein Trick wäre wahrlich gelungen, wenn die Kriminalpolizei nicht die Sache noch rechtzeitig entdeckt hätte. Behrend gab nach seiner Verhaftung an, daß er die wertvollen Stoffe durch seine Braut von einem Amerikaner, der inzwischen schon wieder über den großen Teich nach Hause gefahren war, erworben hatte. Dann begnügte er sich zu einem Geständnis, das er aber in der Verhandlung wiederrief. Das Gericht verurteilte den wegen Betrugs schon Vorbestraften zu acht Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist.

Millimeterberechnung der Zeitungsanzeigen. Nach dem „Zeitungsverlag“ hat sich die Gesamtzahl der deutschen Zeitungen, die ihre Anzeigenpreise nach der Millimeterberechnung feststellen, von 1102 (35,6 Proz.) im Jahre 1926 auf 1886 oder 40,9 Proz. aller deutschen Zeitungen erhöht.

Unheilvolle Folgen der Notverordnung über die Arbeitslosenversicherung. Nach neueren Berichten der Arbeitsämter ist die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden von rund 2 705 000 am 31. Juli auf 2 846 000 am 15. August gestiegen. Bei den genannten Zahlen sind, wie immer, solche Arbeitsuchende abgezogen, die noch in gefestigter oder ungefestigter Stellung sind oder in Notstandsarbeit beschäftigt werden. Feierlich und Kurzarbeit haben nach den Meldungen der Landesarbeitsämter weiter zugenommen. Auch Stilllegungsanträge liegen wiederum vor, wenn auch in etwas geringerer Maße als im Juli. Eine sichtbare Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung war in der Berichtszeit noch nicht zu erwarten. Selbstverständlich konnte sich die Arbeitsbeschaffung der Regierung in den letzten 14 Tagen noch nicht auswirken, da sie ja erst jetzt angeht mit Vollmacht einsehen soll, nachdem man bereits über ein Vierteljahr große Löhne über diese Arbeitsbeschaffung gegeben hat. Der erschlüßter Bericht der Reichsanstalt ist die denkbar schärfste Anklage gegen die Reichsregierung, die seit Monaten nur einseitig Finanzpolitik, aber keine Sozialpolitik getrieben hat und sich keine Sorgen über die Folgen dieser Einseitigkeit machte. Jetzt, wo die Wahlen vor der Tür stehen, verspricht

